

Wulff, Manfred

Article — Digitized Version

Verteilungspolitik bei verringertem Wachstum: Probleme und Lösungsansätze

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Wulff, Manfred (1976) : Verteilungspolitik bei verringertem Wachstum: Probleme und Lösungsansätze, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 56, Iss. 5, pp. 243-247

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134949>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Verteilungspolitik bei verringertem Wachstum

Probleme und Lösungsansätze

Manfred Wulff, Tübingen

Die Zuwachsraten des realen Sozialproduktes sind im Laufe der Zeit immer geringer geworden. Unveränderte Ansprüche und Reaktionsmechanismen bewirken eine Verschärfung des Verteilungskampfes und der konjunkturellen Bewegungen. Welche Politik bleibt übrig, wenn man die Marktwirtschaft und die Tarifautonomie erhalten und trotzdem eine weitere Gefährdung der gesamtwirtschaftlichen Ziele durch einen ungezügelter Verteilungskampf vermeiden will?

Ab 1950 ist in der Bundesrepublik die durchschnittliche jährliche Zuwachsrate des realen Bruttosozialproduktes mit jedem Konjunkturzyklus kleiner geworden, wenn man von dem Zyklus 1968/71 absieht. Die Abschwächung des Wirtschaftswachstums ist auch dann deutlich erkennbar, wenn man die sehr hohen Wachstumsraten der Aufbaujahre nicht berücksichtigt. Während im Zyklus 1959/63 noch eine durchschnittliche jährliche Wachstumsrate von 5,8% erreicht wurde, betrug sie 1972/75 nur noch 1,3%. Der Zyklus 1968/71 hat mit einer Erhöhung der durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate um 64,9% gegenüber 1964/67 den Trend vorübergehend unterbrochen. Um so stärker war aber die Verringerung dieser Wachstumsrate im Zyklus 1972/75, die um 78,7% sank und den niedrigsten Wert der Nachkriegszeit aufwies. Der letzte Konjunkturzyklus hatte mit 225% auch die größte durchschnittliche Abweichung der jährlichen Wachstumsrate vom Mittelwert (an zweiter Stelle steht der Zyklus 1964/67 mit 64,2%).

Im Zeitraum von 1955 bis 1967 war die für jeden Konjunkturzyklus ermittelte durchschnittliche jährliche Zuwachsrate der Arbeitsproduktivität (Brutto-

inlandsprodukt je Erwerbstätiger) fast konstant. Sie stieg 1968/71 gegenüber 1964/67 um 15,6% und sank 1972/75 gegenüber 1968/71 um 44,2%.

Die Verteilungsstruktur hat sich in den letzten Jahren zugunsten der Arbeitnehmer und des Staates verändert. Die Lohnquote, die man erhält, wenn man den Anteil der Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen im Jahre 1960 konstant hält, ist ab 1968 ständig gestiegen. Sie war mit 60,4% 1968 etwa so hoch wie 1960 und erreichte 1975 nach Schätzungen des Sachverständigenrates 65,7%. Die realisierte Staatsquote stieg von 28,4% im Jahre 1968 auf 31,5% im Jahre 1975 an.

Verschärfung des Verteilungskampfes

Die Verschärfung des Verteilungskampfes kann zu einem erheblichen Teil mit der Verringerung des Wirtschaftswachstums erklärt werden, wenn man berücksichtigt, daß Lernprozesse langsam ablaufen. Die im Trend sichtbare Abnahme der Zuwachsraten des realen Sozialproduktes war durch konjunkturelle Bewegungen überlagert. Die damit unmittelbar verbundenen aktuellen Probleme (Inflation und Arbeitslosigkeit) haben eine stärkere Beachtung gefunden als der sinkende Wachstumstrend. Da im Konjunkturzyklus von 1968 bis 1971 die durchschnittliche Wachstumsrate des realen Sozialproduktes gegenüber dem vorhergehenden Konjunkturzyklus (von 1964 bis 1967) noch gestiegen ist, haben zahlreiche wissenschaftliche Prognosen die weitere Entwicklung zu positiv beurteilt. Es ist deshalb nicht überraschend, daß die Politiker und Verbandsfunktionäre keine Veranlassung gesehen haben, ihre verteilungspolitischen Ziele und Strategien grundsätzlich neu zu durchdenken. Am Beispiel der gewerkschaftlichen Lohnpolitik

Dr. Manfred Wulff, 42, ist Privatdozent im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften an der Universität Tübingen. Er beschäftigt sich vorwiegend mit ordnungspolitischen Fragen. Seine Habilitationsschrift „Die neolibérale Wirtschaftsordnung – Versuch einer dynamischen Analyse der Konzeption und Realität“ erscheint im Sommer bei Mohr, Tübingen.

kann gezeigt werden, daß unveränderte Erwartungen, Ansprüche und Reaktionsmechanismen bei einer überraschenden Entwicklung des realen Sozialproduktes eine Verschärfung des Verteilungskampfes und der konjunkturellen Bewegungen bewirken können.

Wenn die Wachstumsrate des realen Sozialproduktes unerwartet stark sinkt, wie das 1966/67 und 1974/75 der Fall war, führen konstante Ansprüche zu einer Verringerung des Geldwertes. Außerdem hat der progressive Tarif der Lohnsteuer zur Folge, daß das Nettoeinkommen der Arbeiter prozentual schwächer steigt als das Bruttoeinkommen. Wenn die Gewerkschaften in dieser Situation versuchen, durch höhere Lohnforderungen die geplante Erhöhung des Netto-Real-einkommens durchzusetzen, verschärfen sie den Verteilungskampf und beschleunigen die Inflation, falls sich die anderen Ansprüche an das Sozialprodukt nicht verringern.

Alte Strategien

Ob das der Fall ist, hängt wesentlich von der Bundesbank ab, die zur Sicherung der Geldwertstabilität gesetzlich verpflichtet ist und durch eine restriktive Geld- und Kreditpolitik die Abwälzung steigender Lohnkosten verhindern kann. Da die Bundesbank eine leichte Inflation hinnimmt, um Arbeitslosigkeit zu vermeiden, und eine nicht mehr tolerierbare Inflationsrate regelmäßig erst in der Abschwungphase erreicht wird, ist nach den bisherigen Erfahrungen zu befürchten, daß durch die Intervention der Bundesbank im allgemeinen die Abwärtsbewegung verstärkt wird. Je niedriger aber der Auslastungsgrad der Produktionskapazität in der Rezession ist, um so größer ist die Arbeitslosigkeit und damit auch die Wahrscheinlichkeit für eine Beschleunigung und Verstärkung des Aufschwungs durch Maßnahmen der Bundesbank und der Regierung. Der Beginn des Aufschwungs bei einem besonders niedrigen Auslastungsgrad der Produktionskapazität und die zunächst verhältnismäßig geringen Lohnforderungen der Gewerkschaften haben eine starke Erhöhung der Gewinnquote zur Folge. Je mehr die Gewinnquote steigt, um so größer ist aber der Nachholbedarf der Gewerkschaften, der zu steigenden Stückkosten und Preisen in der Hochkonjunktur und beginnenden Abschwungphase führt, und um so stärker ist schließlich der Restriktionskurs der Bundesbank. Die aus dem dargestellten Reaktionsmechanismus resultierende größere Amplitude der konjunkturellen Bewegungen reduziert das Wirtschaftswachstum und verschärft damit den Verteilungskonflikt mit negativen Auswirkungen auf das künftige Wirtschaftswachstum, wenn der Lernprozeß viel Zeit beansprucht.

Ab 1964 kann die Entwicklung im In- und Ausland weitgehend mit diesem Ablaufschema erklärt werden, wenn man zusätzlich berücksichtigt, daß der Staat seine Verteilungsposition ebenfalls verbessern wollte und eine drohende und bestehende Arbeitslosigkeit die Gewerkschaften immer weniger von einer expansiven Lohnpolitik abgehalten hat. Bei der Beurteilung der Bundesbankpolitik ist zu beachten, daß sie erst ab Frühjahr 1973 voll wirksam war.

Die Neigung, bei neuen Situationen alte Strategien bedenkenlos anzuwenden, zeigte sich auch bei der unerwarteten Ölkrise. Obwohl der Verteilungsspielraum dadurch eingengt wurde, haben die Gewerkschaften ihre Lohnforderungen nicht reduziert, sondern erhöht. Sie wollten verhindern, daß das Realeinkommen der Arbeiter durch eine starke Erhöhung der Inflationsrate sinkt. Anscheinend haben sie die Gefahr nicht erkannt, daß die mit dieser Politik verbundene Beschleunigung des Inflationsprozesses die restriktiven Maßnahmen der Bundesbank verstärkt und sich dadurch die Arbeitslosigkeit erheblich erhöht. Die Entwicklung im Ausland zeigt, daß in den meisten Industrieländern der Lernprozeß noch langsamer abläuft als bei uns.

Pyrrhussieg im Verteilungskampf

Die Gewinner des Verteilungskampfes sind eindeutig die Arbeitnehmer und der Staat. Die Arbeitnehmer müssen aber berücksichtigen, daß die erhebliche Veränderung der Verteilungsstruktur zu Lasten der Gewinne zu einem starken Rückgang der Investitionen geführt hat. Nach der Schätzung von Th. Brinkmann ist als Folge dieser Entwicklung das Investitionsvolumen in der Zeit von 1971 bis 1975 real (in Preisen von 1962) um rund 100 Mrd. DM gesunken. Das bedeutet seiner Ansicht nach, daß mit einer Verringerung des realen Sozialproduktes in Höhe von rund 375 Mrd. DM (in Preisen von 1962) zu rechnen ist. Wenn das zutrifft, haben die Arbeitnehmer ihren Erfolg im Verteilungskampf teuer bezahlen müssen, denn wenn ihr Anteil am Sozialprodukt 1971 bis 1975 so hoch geblieben wäre, wie er 1960 bis 1970 war, wäre ihr Realeinkommen (in Preisen von 1962) um etwa 70 Mrd. DM höher gewesen.

Bei der Beurteilung des Verteilungserfolges der Arbeitnehmer ist außerdem zu berücksichtigen, daß die mit der Verschärfung des Verteilungskampfes verbundene starke Erhöhung der Inflationsrate sehr wahrscheinlich die Vermögenskonzentration verstärkt hat. Die Flucht in die Sachwerte, die sich als Reaktion auf die Beschleunigung der Inflationsgeschwindigkeit ergeben hat, war auch eine

wesentliche Ursache des Baubooms. Die Krise in diesem Wirtschaftssektor kann deshalb weitgehend mit der Beseitigung der inflationsbedingten Verzerrung der Nachfragestruktur erklärt werden. Ein erheblicher Teil der Arbeitslosigkeit, die als konjunkturbedingt angesehen wird, hätte durch maßvolle Lohnerhöhungen vermieden werden können.

Die Regierung kann sich über den Verteilungserfolg ebenfalls nicht freuen. Zunächst stellt sich, wie bei den Arbeitnehmern, die Frage, ob sich ein positiver Saldo ergibt, wenn man den Umverteilungsgewinn des Staates mit dem Anteil am Wachstumsverlust vergleicht. Außerdem sind die überdurchschnittlich hohen Preissteigerungen im Bausektor zu berücksichtigen. Sie haben in Verbindung mit den stark gestiegenen Personal- und Zinsausgaben sowie konjunkturellen Einflüssen dazu geführt, daß das von der Regierung angestrebte Ziel einer Erhöhung der staatlichen Investitionsquote am Sozialprodukt nicht erreicht werden konnte.

Neuorientierung der Verteilungspolitik

Der Konflikt zwischen einer expansiven Verteilungspolitik und anderen wirtschaftspolitischen Zielen bei sinkendem Wachstumstrend hat sich in den letzten Jahren so deutlich gezeigt, daß bei rationalem Verhalten der Verteilungskonflikt in der Zukunft abgeschwächt werden müßte. Zwar behaupten die Monetaristen noch immer, daß für eine Inflation stets die Erhöhung der Geldmenge relativ zum realen Sozialprodukt entscheidend ist, sie bestreiten aber nicht, daß der mit der modifizierten Phillips-Kurve beschriebene Zielkonflikt zwischen einem hohen Beschäftigungsgrad und einer geringen Inflationsrate vorübergehend auftreten kann. Die Aussicht, daß sich dieser Konflikt von selbst lösen wird, ist ein schwacher Trost, wenn zunächst eine erhebliche Arbeitslosigkeit entsteht, weil die Gewerkschaften bei ihren Lohnforderungen von einer erwarteten Inflationsrate ausgehen, deren Realisierung die Geld- und Kreditpolitik verhindert. Deshalb haben die Tarifvertragsparteien auch aus der Sicht der Monetaristen die Aufgabe, maßvolle Lohnerhöhungen durchzusetzen, die die dargestellte Konfliktsituation für die Bundesbank nicht entstehen lassen.

Konzertierte Aktion

Angesichts der weitgehenden Übereinstimmung der Theoretiker bei der Beurteilung der schädlichen Wirkungen einer rücksichtslosen Verteilungspolitik sollte man annehmen, daß für eine befriedigende Problemlösung eine Information aller am Verteilungskampf beteiligten Gruppen

über die Nebenwirkungen einer solchen Politik ausreicht. Als der Sachverständigenrat 1965 die konzertierte Aktion empfahl, ist er von der Vorstellung ausgegangen, daß die Aufklärung über den Verteilungsspielraum und die zu erwartenden Folgen eines unbegrenzten Verteilungskampfes die beteiligten Gruppen im eigenen Interesse zum Maßhalten veranlaßt. Der Mißerfolg dieser freiwilligen Koordination der Ansprüche an das Sozialprodukt könnte mit ungenügenden Erfahrungen erklärt werden. Demnach würden jetzt bessere Voraussetzungen für eine neue Runde der konzertierten Aktion vorliegen.

Bei der Beurteilung der derzeitigen Erfolgsaussichten einer freiwilligen Begrenzung des Verteilungskampfes ist aber zu berücksichtigen, daß zwischen der wissenschaftlichen Erkenntnis von Wirkungszusammenhängen und der Vermittlung des Wissens an weite Bevölkerungskreise viel Zeit vergeht. Der schneller erreichbare Lernerfolg der relativ wenigen Politiker und Verbandsfunktionäre, die die wichtigsten Entscheidungen treffen, führt noch nicht zu einem befriedigenden Ergebnis, weil in der Demokratie die Gewählten von der Zustimmung der Wähler abhängig sind. Die wilden Streiks haben den Gewerkschaftsführern deutlich gezeigt, daß sie den Führungsanspruch der Gewerkschaften und ihre persönliche Position gefährden, wenn sie sich zu stark von gesamtwirtschaftlichen Zielen leiten lassen. Diese Gefahr besteht auch dann, wenn die Unternehmer freiwillig wesentlich höhere Löhne zahlen, als die Gewerkschaften fordern, weil die Nachfrage nach Arbeitskräften bei den bestehenden Tariflöhnen nicht befriedigt werden kann. Wahlgeschenke vor Bundestagswahlen, die gesamtwirtschaftliche Ziele gefährden, sind ein gutes Beispiel für die Dominanz der persönlichen Interessenlage der Politiker. Die in der Vergangenheit deutlich erkennbare Unfähigkeit der Regierung, den privaten Konsum durch eine stärkere Besteuerung der Masseneinkommen zu verringern, wenn diese Maßnahme stabilitätspolitisch geboten ist, zeigt ebenfalls die grundsätzliche Schwäche einer Politik, die sich mit einem Appell an das Verantwortungsbewußtsein begnügt.

Anpassungszwang

Welche erfolgversprechende Politik bleibt übrig, wenn man die parlamentarische Demokratie, die Marktwirtschaft sowie die Tarifautonomie erhalten und trotzdem eine weitere Gefährdung der gesamtwirtschaftlichen Ziele durch einen ungezügelter Verteilungskampf vermeiden will? Den Erfolg des Lernprozesses kann man jedenfalls nicht abwarten. Da die Entscheidungsfreiheit der Politiker und Verbandsfunktionäre nicht beschränkt werden

darf, stellt sich die Aufgabe, deren Entscheidungssituation so zu verändern, daß die Diskrepanz zwischen persönlichen und gesamtwirtschaftlichen Zielen minimiert wird. Zur Lösung dieser Aufgabe kann die Regierung nur bedingt eingesetzt werden, weil sie zu stark von der Gunst der Wähler abhängig ist und deshalb weiterhin als eine potentielle Quelle destabilisierender Einflüsse anzusehen ist. Als unabhängiger Träger der Stabilitätspolitik bleibt nur die Bundesbank übrig, die nach dem Bundesbankgesetz von Weisungen der Regierung unabhängig ist.

Die starke Beachtung, die die Monetaristen gefunden haben, ist vor diesem Hintergrund verständlich. Es wird aber auch von Keynesianern nicht bestritten, daß die Geld- und Kreditpolitik bei richtigem Einsatz zu einer Verstetigung der konjunkturellen Bewegungen wesentlich beitragen kann. Die Streitfrage, ob die Bundesbankpolitik in der Rezession allein oder nur in Verbindung mit einer expansiven Finanzpolitik erfolgreich ist, spielt keine große Rolle, weil die Interessenlage der Politiker in der Rezession grundsätzlich mit den gesamtwirtschaftlichen Zielen übereinstimmt. Andererseits nehmen auch die Keynesianer an, daß die Geld- und Kreditpolitik bei außenwirtschaftlicher Absicherung in der Hochkonjunktur effizient ist. Es besteht also grundsätzlich die Möglichkeit einer gemeinsamen Strategie der Monetaristen und Keynesianer bei dem Versuch einer Verstetigung konjunktureller Bewegungen. Allerdings gibt es wesentliche Meinungsunterschiede beim Einsatz der Instrumente, bei der Wahl der Indikatoren und Zwischenziele sowie bei der Frage, ob eine antizyklische oder am mittelfristigen Wirtschaftswachstum orientierte Geld- und Kreditpolitik sinnvoll ist.

Verstetigung konjunktureller Bewegungen

Die Aufgabe einer Verstetigung konjunktureller Bewegungen ist nicht neu; sie gewinnt aber an Bedeutung, wenn die Verschärfung des Verteilungskonfliktes zu größeren Amplituden führt. Es wird erwartet, daß mit einer solchen Politik eine Abschwächung des Verteilungskampfes erzwungen werden kann. Dafür sprechen vor allem die folgenden Argumente:

Durch die Verstetigung des Wirtschaftsablaufs verringert sich die mit dem progressiven Tarif der Einkommensteuer verbundene Zunahme der durchschnittlichen Steuerbelastung in der Aufschwungphase und die daraus resultierende Umverteilung zugunsten des Staates. Damit verliert ein wichtiger Grund für eine expansive Lohnpolitik an Bedeutung.

Die Verringerung der Steuereinnahmen in der Hochkonjunktur beschränkt auch die Möglichkeiten einer inflationistisch wirkenden Finanzpolitik.

Die abnehmenden Chancen einer Überwälzung steigender Lohnkosten verstärken den Widerstand der Arbeitgeberverbände gegen zu hohe Lohnforderungen der Gewerkschaften. Außerdem erhöht sich das Risiko der Arbeitslosigkeit bei einer expansiven Lohnpolitik.

Die Gewinnentwicklung verläuft kontinuierlicher. Die Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung wird zuverlässiger. Da auch das Investitionsrisiko abnimmt, ist mit steigenden Investitionen zu rechnen, wodurch das wirtschaftliche Wachstum verstärkt wird und sich positive Rückwirkungen auf den Verteilungskonflikt ergeben.

Andererseits müssen die folgenden Bedenken beachtet werden:

Es ist nicht sicher, ob eine ausreichende Verstetigung des Wirtschaftsablaufs beim gegenwärtigen Stand der wissenschaftlichen Forschung möglich ist.

Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß sich die zu lösenden Probleme zunächst verschärft stellen, weil die Akteure im Verteilungskampf die sich für sie ergebenden Folgen einer konsequenten Verstetigungspolitik nicht erkennen. Steigt dadurch die Arbeitslosigkeit erheblich, ist zu befürchten, daß die Bundesbank von ihrem Kurs abweicht.

Bei einer Beschränkung des Kreditvolumens hat der Staat gute Chancen, seine Wünsche durch Zurückdrängen der privaten Investitionsnachfrage durchzusetzen. Es besteht deshalb die Gefahr, daß sich seine Verteilungsposition verbessert und dadurch das wirtschaftliche Wachstum abgeschwächt wird.

Am schwerstwiegenden ist wohl der zweite Einwand. Wenn er zutrifft, beruht der Erfolg einer konsequenten Verstetigungsstrategie möglicherweise nicht nur auf einem Anpassungszwang, sondern auch auf einer Beschleunigung des Lernprozesses durch besonders schmerzliche Erfahrungen. In diesem Zusammenhang gewinnt die gerade in der letzten Zeit viel diskutierte Indexlohnregelung an Bedeutung, weil sie zu einer Verringerung der Arbeitslosigkeit beitragen kann. Von verschiedenen damit verbundenen Problemen abgesehen, setzt aber die Realisierung dieser Idee die Zustimmung der Tarifvertragsparteien und damit einen bereits erfolgreichen Lernprozeß voraus. Es wird sich zeigen, ob die im Jahresgutachten 1975 geäußerte Auffassung des Sachverständigenrates begründet ist, daß bereits die öffentliche Bekanntmachung einer bestimmten

Zuwachsrate des Zentralbankgeldes einen wesentlichen Beitrag zur Problemlösung darstellt.

Langfristige Aspekte einer Neuorientierung

Bei einer langfristigen Betrachtung wird man davon ausgehen können, daß die grundlegenden Zusammenhänge hinreichend bekannt sind. Die Arbeitnehmer werden dann von der Erkenntnis ausgehen, daß in einer Marktwirtschaft, die auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln beruht, eine wesentliche Änderung der Einkommens- und Vermögensverteilung zu Lasten der Gewinnempfänger immer problematisch ist, weil die Unternehmer mit ihrer Preis-, Produktions- und Investitionspolitik ihren Anteil am Volkseinkommen gut verteidigen können. Als Folgen der Abwehrreaktion werden deshalb die Inflation, die Arbeitslosigkeit und/oder ein sinkendes Wirtschaftswachstum stärker als bisher berücksichtigt. Die Einsicht in diese Zusammenhänge kann aber zu zwei völlig verschiedenen Konsequenzen führen: zur Kooperation zwischen Arbeitnehmern und Unternehmern oder zur Beseitigung der Marktwirtschaft.

Kooperation zwischen Arbeitnehmern und Unternehmern

Die Arbeitnehmer verzichten auf eine bedeutende Änderung der Verteilungsstruktur zu ihren Gunsten. Statt dessen konzentrieren sie ihr Interesse auf das Wirtschaftswachstum. Das hätte eine entsprechende Neuorientierung der Gewerkschaftspolitik zur Folge, weil das gemeinsame Interesse an einer Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft die Bereitschaft zur Kooperation zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern verstärkt. Der Verteilungskonflikt würde erheblich an Bedeutung verlieren. Es ist denkbar, daß sich dann auch die Form der Austragung dieses Konfliktes ändert. An die Stelle der Tarifauseinandersetzungen, die sich als Instrument des Verteilungskampfes gebildet haben, könnte die Mitbestimmung der Arbeitnehmer nach dem Modell einer Gesellschaft mit zwei Gesellschaftern treten, von denen der eine das Betriebskapital und der andere seine Arbeitskraft einsetzt. Auch in diesem Modell wäre das Verteilungsproblem zu lösen; es wäre aber dem gemeinsamen Interesse am Unternehmenserfolg untergeordnet.

In diesem Zusammenhang verdient der vorerst sicher nicht realisierbare Vorschlag des Sachverständigenrates Beachtung, einen bedeutenden Teil des Einkommens der Arbeitnehmer mit der Gewinnhöhe zu variieren. Durch die Beteiligung der Arbeitnehmer am unternehmerischen Risiko soll eine Erhöhung der Lohnquote ohne Verringerung der Investitionen (und damit ohne Wach-

tumsverluste) erreicht werden. Ob sich auf diesem Wege eine ins Gewicht fallende Umverteilung realisieren läßt, wird man bezweifeln können. Eine solche Regelung würde aber die Interessenlage der Arbeitnehmer ebenso verändern wie eine erhebliche Erhöhung ihrer Kapitaleinkommen. Die Chancen für die Einführung des Kooperationsmodelles würden sich verbessern. Gerade deswegen wird der Vorschlag des Sachverständigenrates auf den heftigen Widerstand derjenigen stoßen, die an einer Verschärfung der Interessengegensätze interessiert sind.

Inflation, Arbeitslosigkeit und Verringerung des Wirtschaftswachstums als Folgen einer Verschärfung des Verteilungskampfes sind vor allem bei einer expansiven Lohnpolitik der Gewerkschaften zu befürchten. Bei der Durchsetzung der angestrebten (und im Hinblick auf die anderen gesamtwirtschaftlichen Ziele vertretbaren) stärkeren Nivellierung der Einkommens- und Vermögensverteilung könnte deshalb die Steuerpolitik an Bedeutung gewinnen. Für diesen Zweck eignen sich vor allem die Einkommen-, Vermögen- und Erbschaftsteuer. Auch wenn man die Gestaltungs- und Abwälzungsmöglichkeiten der Steuerschuldner berücksichtigt, bleibt vor allem bei der Einkommensteuer infolge des progressiven Tarifs ein wesentlicher Distributionseffekt bestehen. Die Verteilungswirkung der Vermögensteuer könnte durch die Einführung eines progressiven Tarifs bei einem hohen Vermögenswert und einer negativen Vermögensteuer mit regressivem Tarif bei einem niedrigen Vermögenswert erheblich verbessert werden.

Beseitigung der Marktwirtschaft?

Die für eine leistungsfähige Marktwirtschaft notwendige Differenzierung der Einkommen kann als ein so schwerwiegender Nachteil angesehen werden, daß die Arbeitnehmer eine Problemlösung durch Beseitigung der bestehenden Wirtschaftsordnung anstreben, weil sie die Probleme nicht genügend kennen, die mit einer Verstaatlichung der Produktionsmittel verbunden sind. Zur Zeit sind keine Anzeichen für eine solche Entwicklung erkennbar. Es ist aber denkbar, daß die kleine Minderheit, die dieses Ziel verfolgt, ihren Einfluß in den Gewerkschaften und politischen Parteien benutzt, um durch eine Verschärfung des Verteilungskampfes und dirigistische Eingriffe die Marktwirtschaft schrittweise zu zerstören. Eine solche Strategie ist deswegen erfolgversprechend, weil mit großer Wahrscheinlichkeit die Ursache der zunehmenden Fehlleistungen der Marktwirtschaft von der Mehrheit der Wähler nicht erkannt wird und deshalb das Wirtschaftssystem verantwortlich gemacht werden kann.